

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/124

4. Juli 1974

Offensive der Vernunft

Hochschulrahmengesetz darf und wird nicht  
scheitern

Von Dr. Peter Glotz MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Europa muß seine Linie finden

Konsequenzen aus dem Gipfeltreffen Nixon-Breschnew

Von Erwin Horn MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Der Trost vom Rasen

Unsportives am Rande der großen Spiele

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Diaf von Wrangel und das Fußball-Nationalgefühl

Seite 7 und 8 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressebüro 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

### Offensive der Vernunft

-----

Hochschulrahmengesetz darf und wird nicht scheitern

Von Dr. Peter Glotz MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft

Die sozialliberale Koalition hat nach mühseligen und langwierigen Verhandlungen mit den Bildungspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz durchgearbeitet und in ernsthaften und konstruktiven Gesprächen verantwortbare Ergebnisse erzielt. Das kleinliche Hickhack um die Geschäftsordnung, das die letzten zwei Wochen der Auseinandersetzung bestimmte, soll nicht verdecken, daß die vorhergegangenen Sachgespräche keineswegs den Charakter einer Kungelei hatten, in der faule Kompromisse zwischen den Parteien vereinbart wurden. Beispielsweise bei der Personalstruktur - dem Aufbau des Hochschulpersonals nach Rolle und Funktion - ist nun eine Lösung gefunden, die vernünftiger ist als die vorhergegangenen Vorschläge. An diesem Ergebnis haben viele mit ernsthaften Argumenten mitgewirkt; u.a. auch die Opposition im Bundestag.

Die Verzögerungstaktik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende Juni wird nun allerdings verhindern, daß bei der Anhörung, die der Deutsche Bundestag zur Hochschullehrerbesoldung für September anberaumt hat, eine beschlossene Vorlage des Hochschulrahmengesetzes zugrunde gelegt werden kann. Eine Verabschiedung des Gesetzes vor der Sommerpause wäre sinnvoll gewesen; und die klar bekundete Bereitschaft der Union, das Gesetz im Ausschuß zu Ende zu beraten, wenn nur die Planardebate in den September vertagt würde, zeigt ja auch, daß die These vom nicht "verabschiedungsreifen" Gesetz vorgeschoben ist.

Aber ein Verbeißen in diesen Geschäftsordnungsstreit wäre nun sinnlos. Es geht jetzt um mehr als ums "Recht behalten": Es geht um bitter notwendige Grundsatzentscheidungen für unsere Hochschulen. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen werden deshalb - ohne Aufgabe ihrer prinzipiellen Konzepte - für ein im Bundestag und Bundesrat mehrheitsfähiges Gesetz kämpfen. Die Sommermonate werden für viele Gespräche mit allen Beteiligten, das heißt,

für eine Offensive der Vernunft in der Hochschulpolitik genutzt werden.

Dabei wird vor allem darauf hinzuweisen sein, daß die Öffentlichkeit in der Hochschulpolitik noch allzu oft gebannt auf Fragen zweiten Ranges oder sogar auf Scheinprobleme starrt. Sicher muß darüber entschieden werden, wie Universitäten ihre Organe wählen ("integriert" oder nach Gruppen getrennt) und was mit "Gewaltschutz" oder "Ordnungsgerecht" werden soll. Aber der Streit um diese Fragen darf doch nicht verdecken, daß weit wichtiger als der Abschluß der hochschulinternen Organisationsdiskussion die die Gesellschaft einnehmenden Fragen eines sozialgerechten Hochschulzugangs und eine Entrümpelung der Studiengänge durch Studienreform sind. Die Kardinalfrage, wie die Zulassung zur Hochschule geregelt werden soll, werden wir dabei in den Mittelpunkt der Diskussion rücken.

Wir sind der Auffassung, daß das "Parken" in der Hochschule bei der Zulassung nicht mehr so wie bisher honoriert werden soll. Es wäre sinnvoller, wenn die Studienbewerber, die nicht sofort zugelassen werden können, sich vorher in der Berufspraxis umtun, statt in ungeliebten Fächern zum Gemeldeten verurteilt zu werden. Und auf die Dauer wird in Fächern mit einem krassem Mißverhältnis zwischen dem Angebot an Studienplätzen und der Zahl der Bewerber - also beispielsweise der Medizin - ein besonderes, auf das Fach zugeschnittenes Eingangsverfahren sinnvoller sein, als die heute praktizierte Kombination zwischen Abiturnoten und Wartezeit; niemand glaubt, daß unser Gesundheitswesen besser wird, wenn in fünf Jahren alle jungen Ärzte Einserschüler gewesen sein müssen.

Genau so wichtig ist die Studienreform. Wir müssen und werden dafür sorgen, daß unnötiger Ballast aus den Studienplänen verschwindet. Dazu ist vorher die Grundentscheidung über die Länge des jeweiligen Studiums nötig; die Fachbereiche müssen veranlaßt werden, den Studierenden einen Abschluß in angemessener Zeit zu ermöglichen. Ein Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Ziele kann nur bundeseinheitlich über ein Hochschulrahmengesetz geschaffen werden. Diese Grundprobleme wird auch die Union nicht vom Tisch wischen wollen. Sie bewegen so viele Menschen, daß jeder, der sich hier einer sachgerechten Lösung aus parteitaktischen Gründen versagte, in massive Schwierigkeiten geraten würde. Deshalb muß und wird das Hochschulrahmengesetz kommen - trotz einer z.Zt. gestörten Bonner Atmosphäre, in der psychologische Übermaßreaktionen von allen Seiten vorgekommen sein mögen.

(-/4.7.1974/ks/pr)

+ + +

## Europa muß seine Linie finden

---

Konsequenzen aus dem Gipfeltreffen Nixon-Breschnew

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Ohne ein Abkommen über die weitere Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ist das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen beendet worden. US-Präsident Richard M. Nixon und KPdSU-Generalsekretär Leonid J. Breschnew erzielten lediglich ein Abkommen über die Einschränkung unterirdischer Atomversuche, und ein Zusatzabkommen über den SALT-Vertrag von 1972 wurde unterzeichnet. In einer politischen Erklärung forderten Nixon und Breschnew dringend Verhandlungen über ein Verbot der Kriegsführung mit chemisch-technischen Mitteln.

Nur Utopisten konnten von dem einwöchigen Gipfeltreffen ein Überraschendes Ergebnis erwarten. Die Weltpolitik, auch die der Supermächte, ist nicht das Resultat individuell persönlicher Entscheidungen der jeweiligen politischen Führer; sie ist ein sich verstärkender fortwährender Prozeß, in dem eine Verbesserung der Atmosphäre der beiden Großmächte nicht unterschätzt werden sollte. Die heutige Weltpolitik kann nicht wie im Zeitalter der Kabinettpolitik durch die autonome Entscheidung absolutistischer Fürsten und Könige bestimmt werden, sondern nur in einem Prozeß mühsamer und schwieriger Veränderungen, bei dem gesellschaftliche, innenpolitische und außenpolitische Entwicklungen Reflexe zeitigen, die einander bedingen und Auswirkungen auf die Außenpolitik haben. Deshalb war es abzusehen gewesen, daß bei diesem Gipfeltreffen kein genereller Vertrag über Abrüstung und Rüstungskontrolle zustande kommen würde. Daher wurde auch vereinbart, daß das Gipfeltreffen 1975 in den Vereinigten Staaten fortgesetzt werden soll.

Die erwähnten Ergebnisse einschließlich der Übereinkunft, in jedem der beiden Länder eine außerordentlich kostspielige Anlage gegen Interkontinentalraketen (ABM-System) zu errichten, erscheinen militärtechnisch gering zu

sein, doch leiten sie zum ersten Mal einen politischen Prozeß ständiger notwendiger Verhandlungen auf höchster Ebene ein, dem sich die Großmächte nicht entziehen können und der im Interesse aller Staaten der Erde liegt. Die Zentrierung des Gipfelgesprächs auf ausschließlich militärische und militärtechnische Probleme - alle anderen Fragen wirtschaftlicher, handelsmäßiger und kultureller Art hatten nur Randbedeutung - hat deutlich gezeigt, daß unser künftiges Schicksal im wesentlichen von der Lösung dieser Fragen bestimmt wird.

Die Militärtechnologie mit ihrer komplizierten Waffen- und Geräteentwicklung bestimmt die militär-strategische Konzeption der einzelnen Staaten. Die militär-strategische Konzeption ist eine wesentliche Komponente der Außenpolitik, weil die Verfügung über entsprechende militärische Kräfte auch den Einfluß des jeweiligen Staates in der Weltpolitik bestimmt, was der letzte Nah-Ost-Krieg eindeutig bewiesen hat. Der Rüstungsstand und die Rüstungsentwicklung setzen somit die entscheidende Determinante über die künftige Außenpolitik. Die entscheidende Frage heißt also: Ist die Außenpolitik eine Verlängerung militär-strategischer Festlegungen, die ihrerseits auf dem Stand der neuesten Rüstungstechnologie beruhen, oder besteht die Möglichkeit, dieses in die Politik übernommene mechanistisch-naturwissenschaftliche Prinzip durch eine politische Übereinkunft zu durchbrechen, die Schritt für Schritt erarbeitet werden muß ?

Die Konsequenzen des Moskauer Gipfeltreffens sind bei aller Vorläufigkeit des Ergebnisses aber keineswegs negativ. Auch die Verbesserung des politischen Klimas und der Atmosphäre sind wichtige Voraussetzungen für eine Einigung in den Inhalten. Der Yom-Kippur-Krieg hat klar gezeigt, daß die europäischen Staaten eine bedeutungslose Rolle in diesem Kräftespiel eingenommen haben. Es ist deshalb richtig, wenn wir unsere militärische Rolle realistisch einschätzen und relativieren. Es ist aber notwendig, daß die europäischen Staaten sich ihrer politischen Bedeutung bewußt werden und nicht nur sich als Dependenz der Großmächte verhalten. Europa muß, vor allem im Bereich der EG, auch politisch zu einer einheitlichen und geschlossenen Willensbildung kommen, um den Prozeß der Entspannung, der nur über Rüstungskontrolle und kontrollierte Abrüstung durchgeführt werden kann, zu beschleunigen und in der Zielrichtung zu bestimmen.

Ausgangspunkt der Vereinbarungen von Nixon und Breschnew bei ihrem Gipfeltreffen war das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin. Die Ostverträge der sozialliberalen Bundesregierung bildeten die Voraussetzung für ein Abkommen, das heute von den Supermächten in Ost und West als Modell für die Lösung eines Krisenherdes gilt und Möglichkeiten für weitere Friedensregelungen eröffnete. Die deutsche Politik in der sozialliberalen Koalition hat damit exemplarisch Bedingungen und Zielrichtungen einer künftigen Friedensordnung aufgezeigt.  
(-/4.7.1974/ks/pr)

+ + +

Der Trost vom Reisen

Unsportives am Rande der großen Spiele

Fußballdeutschland, wie man so kernig unbekümmert sagt, wenn man die balltretende Bundesrepublik meint, kann jetzt erst einmal gut drei Tage aufatmen, bis es gilt, Weltmeistertrumphe zu feiern oder sich schicksalsergeben mit der auch noch ziemlich respektablen Ehre des zweiten Fußball-Staates auf diesem Globus zu bescheiden. Auch die DDR, wengleich nie und nimmer zu Fußballdeutschland gehörend - da helfen ihr weder Gänsefüßchen (mit denen man sowieso nicht kicken kann) noch ihre Eigenschaft als Phänomen -, kann mit dem Erreichten zufrieden sein, weil sie schließlich zumindest streckenweise Weltniveau, um nicht zu sagen internationales Weltniveau, der verblüfften Menschheit vor Augen zu führen vermochte. Abgrenzung hin, Abgrenzung her: die Deutschen allesamt sind nun einmal wieder wer. Mit wie viel mehr Gelassenheit ist nun fürs nächste dem schnöden Leben außerhalb der Spiele, der weniger schönen Nebensache, entgegenszusehen.

Kaum auszudenken dagegen, was über die auf der Strecke gebliebenen ehemals Hoffnungsfröhen hereinstürzt. Auf die Brasilianer zum Exempel. Wie real müssen die Realitäten in den Slums von Rio ohne Weltmeisterwürde sein. In den Villen an der Copacabana wird man sich nach einiger Zeit trösten. Aber wie schön war die gemeinsame Begeisterung zu Zeiten des großen Pél . Kein Wunder, daß er der Freund des Präsidenten und der Liebling der Massen war. Der Präsident wird es fortan schwerer haben - bis er wieder einen so guten Freund hat.

In Argentinien, wo der Fußball nie ganz so erfolgreich war und die Großen immer mit kleineren Geschützen als P l  auskommen mußten, schaffte es ein Präsident, dem man jetzt in den Fuballarenen in Gedenk-

minuten Respekt zollte, mit einer anderen Variante des Showgeschäftes: eine Schauspielerin, von ihm gehehlicht, war ihm zum Wohle ein Engel der verelendeten Massen geworden. Den Erfolg einer Neuinszenierung des Stückes mit unbesetzter Hauptrolle durfte er allerdings nicht mehr erleben. Fragt sich nun, ob die Aktrice, unterdessen selbst an den Platz des Regisseurs gerückt, reüssieren wird. Von Gott und ihrem Gemahl habe sie das Präsidentenamt, verkündete sie nicht ohne Ausdruck. Die Show jedenfalls geht weiter.

Kühle Mitteleuropäer lächeln über solche Zustände; sie nennen sie operettenhaft und schreiben sie einer gewissen Mentalität zu, mit der sie selbst nicht das Geringste zu tun hätten. Davor bewahre sie, sagen sie, die Ratio, das Kalkül, die geschäftsmäßige Sachlichkeit. Kühne Behauptungen, an denen aber nicht viel wahr ist. Die Faszination Fußballweltmeisterschaft belehrt uns eines besseren. Die Anteilnahme an einem im Rampenlicht stehenden Ereignis, die Identifikation mit handelnden Personen und ihrem Geschick werden allemal gerne als Gelegenheit genommen, dem eigenen, nicht immer erhebenden Dasein für ein paar Augenblicke zu entweichen. Darüber braucht sich keiner zu mokieren. Ohne diesen Hang würde der Mensch vermutlich auch keinerlei Kunst bedürfen.

Aber etwas nachdenklich kann es halt doch stimmen, wenn in der Epoche und auf dem Kontinent der Rationalität, der Nüchternheit und computerorientierten Effizienz die Menschen von Fußballprofis Erlösung vom Alltag, von der Realität suchen wie weiland Pilger vom Papst in Rom. Fußballstars und selbst die, die sie vermarkten, sind vergleichsweise harmlos. Aber es stehen immer und überall auch ganz andere Heilsbringer bereit.

Claus Preller

(-/4.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Olaf von Wrangel und das Fußball-Nationalgefühl  
-----

Das Zweite Deutsche Fernsehen hat am 2. Juli 1974 in der Seriensen-  
dung "Kennzeichen D" ein Gespräch mit dem CDU-Abg. Olaf von Wrangel (45),  
Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages,  
ausgestrahlt. Die Aussagen des CDU-Politikers sollten zur Kenntnis ge-  
nommen werden.

ZDF: Pfiffe für die DDR-Mannschaft, Anfeuerung für DDR-Gegner, Schlachten-  
rufe gegen DDR-Schlachtenbummler, und der Gelsenkirchener Oberbürgermeister  
mußte das Publikum sogar zur Objektivität gegenüber der DDR auffordern. Ist  
es nicht so, daß dieses bedeutungsvolle Rund, um das sich in diesen Wochen  
alles dreht, sogar die nationale Frage neu stellt?

Olaf von Wrangel: Ich weiß nicht, ob sich die nationale Frage neu stellt,  
ich glaube nur, daß natürlich nationale Emotionen bei dieser Fußballwelt-  
meisterschaft hervorgerufen werden. Hinzukommt natürlich, daß es beim Fuß-  
ball eine besondere Art des Patriotismus gibt, ja, eine Art des Patriotis-  
mus, den Sie von Hamburg bis Bayern beobachten können.

ZDF: Ist es denn nicht so, daß durch die Reaktionen des Publikums wirklich  
die Frage zu stellen ist, ob es ein einheitliches Nationalgefühl gibt, ob  
es nicht zwei Nationalgefühle in Deutschland gibt?

Olaf von Wrangel: Ich glaube, es gibt noch ein Nationalgefühl in Deutsch-  
land. Und ich glaube sogar, daß ein Teil jedenfalls der Pfiffe, soweit man  
Emotionen überhaupt rational erfassen kann, darauf zurückzuführen sind, daß  
hier Pfiffe und Buhrufe von sich gegeben werden aus Kummer darüber, daß es

eben keine deutsche Nationalmannschaft mehr gibt.

ZDF: Sie würden also sagen, gerade weil es dieses gemeinsame deutsche Nationalgefühl gibt, ist die Reaktion des Publikums gegen die DDR?

Olaf von Wrangel: So würde ich es nicht absolut sagen. Absolut kann man hier gar nichts sagen. Aber ich würde sagen, dies spielt sicherlich eine große Rolle.

ZDF: Sind Sie nicht auch der Meinung, daß die Mehrzahl der Fußballfans eher den Polen oder den Brasilianern die Fußballweltmeisterschaft gönnen, wenn schon nicht der Bundesrepublik, als der DDR. Und wie erklären Sie sich das?

Olaf von Wrangel: Wenn ich dies quantifizieren kann, glaube ich, daß es so ist. Aber ich glaube, daß - natürlich viel zu Unrecht - die Fußballspieler, die hier spielen, daß viele in ihnen eben doch den verlängerten Arm - völlig zu Unrecht - eines unbeliebten Regimes erblicken. Und dies ist dann ein zusätzliches Element des Unmuts.

ZDF: Eine private Frage an Sie. Wenn die DDR - es sieht ja im Moment nicht so aus - Weltmeister werden sollte, würden Sie dann sagen, Deutschland ist Fußballweltmeister 1974?

Olaf von Wrangel: Nein, das würde ich nicht sagen. Ich würde sagen, ein Teil Deutschlands ist Fußballweltmeister geworden, denn ich kann die DDR mit ganz Deutschland nicht identifizieren.

ZDF: Das gilt bei Ihnen nämlich dann auch für den Fall, daß die Bundesrepublik Weltmeister wird?

Olaf von Wrangel: Wir würden uns dabei in ein sehr schwieriges Gebiet begeben, denn hier kommt die Identitätstheorie zum Ausdruck. Und politisch würde ich immer sagen, die Bundesrepublik spricht für alle Deutschen, aber ich will nicht sagen, daß dies unbedingt für den Sport gelten muß. Hier kommt natürlich auch ein bißchen das zum Ausdruck, was man Wettbewerb der Systeme nennt. Und das bezieht sich eben auf den Sport." (~/4.7.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller